

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Die Vernunft hat die Oberhand behalten

ESM und Fiskalpakt helfen uns in Europa weiter



Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: Martin Lengemann

Die Verständigung mit der Opposition war nicht einfach. Am Ende hat aber die Vernunft die Oberhand behalten. Im Bundestag hat die Koalition gemeinsam mit SPD und Grünen vergangenen Freitag den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt verabschiedet. Deutschland leistet damit seinen Beitrag, um den Euro zu stabilisieren. Alles andere hätte die Unruhe in Europa nur verstärkt. Das hat nach dem langen Hin und Her letztlich auch die Opposition eingesehen und ihre Blockadehaltung aufgegeben. Den angekündigten Verfassungsklagen sehe ich übrigens mit Gelassenheit entgegen.

Mit ESM und Fiskalpakt kommen wir in Europa bei der Eindämmung der Krise einen Schritt voran. Der Fiskalpakt, der nur aufgrund des Einsatzes der Kanzlerin zustande gekommen ist, wird dazu beitragen, dass die Staatsschulden in Europa mittelfristig abgebaut werden können. Der ESM hilft bei der Bekämpfung der aktuellen Probleme.

„Es ist zunächst Aufgabe jedes einzelnen Landes, seine Finanzen in den Griff zu bekommen.“

Für uns ist eines klar: Bei aller Solidarität, die wir Europäer untereinander leisten müssen, ist es zunächst Aufgabe jedes einzelnen Landes, seine Finanzen in den Griff zu bekommen. Das gilt auch für die Förderung der eigenen Wirtschaft. Es ist richtig, dass nun vor allem vorhandene Mittel aus den europäischen Töpfen gezielter zur Wachstumsförderung in Europa eingesetzt werden. Man sollte sich aber nichts vormachen. Das wird die Wachstumsschwäche der Länder nicht im Kern beseitigen. Es müssen tiefgreifende Reformen her, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Ein Zurückdrehen der Reformen – wie jetzt in Frankreich beabsichtigt – könnte die Probleme sogar noch verschärfen.

Gemeinschaftliche Haftung hilft nicht weiter

Man kann es nicht oft genug sagen: Euro-Bonds lösen die grundlegenden Probleme in Europa ebenso wenig wie Konjunkturprogramme auf Pump. Deshalb sind auch Überlegungen aus Brüssel zu strukturellen Reformen mit dem Endziel der Einführung einer gemeinschaftlichen Haftung nicht hilfreich.

Volker Kauder

Inhalt

Die Vernunft hat die Oberhand behalten	1
Ein starker Bundestag für Europa	2
„Unumkehrbare Schritte zur Stabilitätsunion“	3
„Eine Transferunion steht jetzt nicht zur Debatte“	4
Wahlfreiheit für die Eltern	5
Mehr Leistungen für Pflegebedürftige	6
Mehr Eigenverantwortung für die Wissenschaft	7
UNIFIL: Für Stabilität im Libanon	7
Kleine Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit	8
Gesundheitspolitik: Vorsorge gewinnt an Bedeutung	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber

Michael Grosse-Brömer MdB

Stefan Müller MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1

11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack

Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015

Telefax (030) 227 56660

pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Ein starker Bundestag für Europa

Bundesregierung auf Unterstützung des Parlaments angewiesen



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es ist eine parlamentarische Erfolgsgeschichte, die wir in der vergangenen Woche fortgesetzt haben. Mit den Beschlüssen zum Fiskalvertrag und zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurden erneut die Rechte des Bundestags in Angelegenheiten der Europäischen Union gestärkt. So wie schon beim temporären Rettungsschirm EFSF wirkt der Bundestag auch künftig an den Entscheidungen des permanenten Rettungsschirms ESM mit. Sei es die Aufnahme von Programmländern, sei es die Ausgestaltung der Hilfsprogramme oder die Anwendung der Stabilitätsinstrumente – es bedarf immer der Zustimmung des Bundestags. Erst anschließend darf die Bundesregierung auf europäischer Ebene – beispielsweise im Gouverneursrat des Stabilitätsmechanismus – tätig werden. Für diese weitestgehende Beteiligung des Bundestags hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Anfang an eingesetzt. Denn es ist der Bundestag, der als Vertretung des deutschen Volkes die Verantwortung für den Staats-

haushalt trägt. Mit unseren Rechten beim ESM werden wir dieser Verantwortung gerecht.

Der Bundestag ist eines der einflussreichsten nationalen Parlamente in der Europäischen Union – nicht nur in Haushaltsfragen. In wenigen Staaten ist die Regierung europapolitisch so sehr auf die Unterstützung des Parlaments angewiesen wie in Deutschland. Seit dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 gilt das umso mehr. Die Bundesregierung muss den Bundestag umfassend und frühzeitig über alle Facetten ihrer Europapolitik informieren und sich vor vielen Entscheidungen die Zustimmung des Parlaments einholen.

Europapolitik ist Innenpolitik

Europapolitik ist heute mehr denn je Innenpolitik. Das geht weit über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schuldenkrise hinaus. Ob Gesundheit und Verbraucherschutz, Umwelt und Verkehr, Recht und Innen, Bildung, Forschung oder Arbeit und Soziales – unsere politischen Entscheidungen sind nur noch im Rahmen Europas denkbar. Ein Großteil unserer Gesetzgebung in Deutschland wird mittel- oder unmittelbar durch europäische Entscheidungen beeinflusst.

Für uns als Unionsfraktion gilt daher: Je mehr verbindliche Entscheidungen auf Ebene der Europäischen Union oder der Euro-Zone getroffen werden, desto stärker müssen unsere Parlamente sein. Für den Bundestag gehen wir daher einen Schritt weiter: Im Herbst werden wir die bestehenden Gesetze umfassend überarbeiten und die parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union weiter stärken. Nur so entsteht ausreichend demokratische Legitimation für Europa im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Nur so werden wir unserer Verantwortung für Deutschland und Europa gerecht.

„Unumkehrbare Schritte zur Stabilitätsunion“

Bundestag stimmt ESM und Fiskalvertrag mit Zweidrittel-Mehrheit zu

Der Bundestag hat am Freitag mit Zweidrittel-Mehrheit dem permanenten europäischen Rettungsschirm ESM und dem Fiskalvertrag zugestimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in einer Regierungserklärung für die Annahme beider Verträge geworben. Die Zustimmung sei ein „wichtiges Signal“, dass „Europa für uns unsere Zukunft bedeutet“, sagte sie. Merkel berichtete dem Bundestag auch über den unmittelbar vorangegangenen EU-Gipfel in Brüssel, der weitere Beschlüsse zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone getroffen hatte. Die Umsetzung dieser Beschlüsse stehe aber nicht unmittelbar bevor, sondern erfordere in jedem Einzelfall eine weitere Befassung des Bundestages, betonte die Kanzlerin.

Der Bundestag nahm sich zweieinhalb Stunden Zeit, um über ESM und Fiskalpakt zu diskutieren. Während der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) Hilfgelder für verschuldete Euro-Staaten zur Verfügung stellt, verpflichtet der Fiskalpakt die 25 Teilnehmerländer zur Umsetzung einer nationalen Schuldenbremse nach deutschem Vorbild. Beide Verträge stellten die „rechtliche Verknüpfung zwischen Solidität und Solidarität“ dar, sagte die Kanzlerin. Hilfen an notleidende Euro-Mitglieder würden nur dann gewährt, wenn sie den Fiskalvertrag zu Hause auch umsetzten. „Mit diesen Verträgen machen wir unumkehrbare Schritte hin zu einer nachhaltigen Stabilitätsunion“, sagte Merkel. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von wegweisenden und existenziellen Beschlüssen für Europa.

Finanzsektor an Überwindung der Krise beteiligen

Damit die für den Fiskalvertrag notwendige und für den ESM gewünschte Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag zustande kam, hatte sich die christ-



Angela Merkel und Volker Kauder während der Abstimmung

Foto: Tobias Koch

lich-liberale Koalition zuvor mit SPD und Grünen darauf verständigt, sich in Brüssel für ein Wachstumspaket und für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Merkel meldete nach dem Gipfel Vollzug: Das Wachstumspaket im Umfang von 120 Milliarden Euro oder einem Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts hatten die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen. Für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer fanden sich neun EU-Staaten, die im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit voranschreiten wollen. Es sei richtig, dass der Finanzsektor, der die gegenwärtigen Krise mit verursacht habe, „auch einen Beitrag zur Überwindung dieser Krise leisten“ müsse, betonte Merkel.

Keine Hilfe ohne Auflage

Nicht zur Abstimmung standen am Freitag die Beschlüsse, die der EU-Gipfel in der Nacht getroffen hat. Man habe aber auf die schwierige Finanzsituation reagieren müssen, in der sich Spanien und Italien derzeit befinden, erläuterte die Kanzlerin die Sachlage. Um ihnen zu helfen, habe man auf das

bereits bestehende Instrumentarium des ESM zurückgegriffen, berichtete Merkel.

Und sie unterstrich, es werde keine Hilfen geben, die nicht an Auflagen für die betreffenden Länder geknüpft sind. Diese Länder müssten sich an die strengen Empfehlungen zu Strukturreformen halten, die die Kommission aufgelistet habe. „Wir wollen, dass es kein Geld ohne Gegenleistung gibt“, betonte Kauder. Laut Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble geht es nicht darum, andere Länder zu quälen, sondern darum, die Euro-Krise dauerhaft zu lösen.

Merkel warb auch für den Beschluss des Europäischen Rates, eine gemeinsame Bankenaufsicht in der Euro-Zone zu schaffen, die der Europäischen Zentralbank (EZB) übertragen werden soll. Eine solche Bankenaufsicht könne die Voraussetzung dafür sein, dass künftig Banken mit Geld aus dem ESM rekapitalisiert werden könnten – natürlich unter strengen Auflagen. Allerdings: „Das passiert nicht an einem Tag oder in Wochen. Das ist ein längerer Prozess“, sagte Merkel.

„Eine Transferunion steht jetzt nicht zur Debatte“

Michael Meister über die Schuldenkrise in Europa und weitere Schritte der Integration



Michael Meister
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt zur Eindämmung der Euro-Schuldenkrise sind am Freitag vom Bundestag verabschiedet worden. Über die nächsten Schritte bei der Integration Europas und über die Euro-Krisenländer sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Meister.

Herr Meister, der Fiskalpakt nötigt nicht nur die anderen beteiligten europäischen Staaten zur Einführung einer Schuldenbremse nach deutschem Modell. Er hat hierzulande auch Auswirkungen auf Länder und Kommunen, die ihre Haushalte nun schneller konsolidieren müssen. Wie wird ihnen geholfen?

Meister: Der Fiskalpakt ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, nicht nur eine des Bundes. Wir haben gemeinsam Lösungen gefunden, damit wir die Vorgaben aus dem Pakt einhalten. Das wird von uns erwartet. Jeder muss seinen Beitrag leisten, wir können nicht nur Verantwortungen hin und her schieben. Der Bund hat die Hand gereicht und den Ländern und Kommunen Entlastungen zugesagt.

Reichen die Rettungsschirme, nachdem nun zusätzlich zu den drei bisherigen Programmländern Spanien und Zypern Hilfsanträge gestellt haben? Sogar Italien kann sich an den Finanzmärkten kaum günstig refinanzieren.

Meister: Die Finanzmärkte brauchen ein Signal des Vertrauens. Wir müssen Spekulationen den Nährboden entziehen. Dies stabilisiert die Krisenländer. Deshalb müssen wir ESM und Fiskalpakt zügig installieren. Darüber hinaus müssen die Reformen von den Programmstaaten rasch umgesetzt werden, damit Wachstumsimpulse wirken können.

In Griechenland hat nach einer Phase der Stagnation die neue Regierung unter dem konservativen Ministerpräsidenten Antonis Samaras die Amtsgeschäfte aufgenommen. Expecten Sie nun eine zügige Umsetzung des mit der Troika (EU, EZB und IWF) vereinbarten Reformprogramms?

Meister: Die Troika überprüft aktuell die Lage in Griechenland. Wir sollten den einvernehmlichen Bericht abwarten. Solange der nicht vorliegt, kann keine weitere Tranche ausbezahlt werden.

„Die USA sollten nicht mit dem Finger auf Europa zeigen“

US-Präsident Barack Obama drängt die Europäer, mehr zur Eindämmung der Schuldenkrise zu tun – so zuletzt auf dem G20-Gipfel in Los Cabos. Drängt er zu Recht?

Meister: Die USA haben eigene Probleme und sollten nicht mit dem Finger auf Europa zeigen. Denn wir sollten nicht vergessen: Die Krise begann mit den US-Subprimes, den Hypotheken für Hauskäufer ohne nennens-

wertes eigenes Kapital. Die Pleite der Investment-Bank Lehman Brothers hat sie verschärft. Wenn jetzt empfohlen wird, der US-Inflationspolitik zu folgen, anstatt die tieferliegenden Struktur- und Haushaltsprobleme anzugehen, so ist das der falsche Weg. Wir sind klug beraten, unseren eigenen Weg zur nachhaltigen Stabilisierung zu gehen. Er ist zwar momentan steiniger, aber langfristig erfolgreicher.

Die EU strebt die Schaffung einer Bankenunion an, um die Integration voranzutreiben. Wie stehen Sie dazu?

Meister: Die entscheidende Frage ist die nach der Reihenfolge: Nur nach einer wirklichen Integration, die demokratisch legitimiert sein muss, kann eine Transferunion folgen. Für uns steht zum jetzigen Zeitpunkt eine Transferunion nicht zur Debatte.

Wir begrüßen, dass auf dem EU-Gipfel eine verbesserte gemeinschaftliche Bankenaufsicht vereinbart wurde. Die angestrebte Einbeziehung der EZB ist gut, muss aber – wie das auch bei der Bundesbank der Fall ist – so ausgestaltet werden, dass ihre Unabhängigkeit nicht gefährdet ist.

Eine Bankenabgabe – wie im deutschen Restrukturierungsgesetz bereits verankert – wäre in einer Bankenunion sinnvoll. Wenn in einer Bankenunion letztlich die Banken in einen gemeinsamen europäischen Fonds einzahlen, würden in künftigen Krisenfällen die Risiken durch die Betroffenen selbst aufgefangen werden. Der deutsche Steuerzahler wäre geschützt. Auch könnten die Kompetenzen der erst vor zwei Jahren geschaffenen Europäischen Bankenaufsicht EBA erweitert werden, allerdings – unter Wahrung des Grundsatzes der Subsidiarität – nur für international tätige und systemrelevante Banken. Aber erst dann, wenn die EBA aus den Kinderschuhen heraus ist. Eine gemeinschaftliche Einlagensicherung lehne ich ab, dies wäre letztlich eine versteckte Transferunion.

Wahlfreiheit für die Eltern

Unionspolitiker werben eindringlich für das Betreuungsgeld – Erste Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag



Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Plenum

Foto: Timur Emek/dpad

Abgeordnete von CDU und CSU haben im Bundestag eindringlich für das Betreuungsgeld geworben. Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Einführung der neuen familienpolitischen Leistung sagte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder am Donnerstag: „Es geht um die Freiheit für Familien, selbst zu entscheiden, welche Form der Betreuung sie für ihre ein- und zweijährigen Kinder wünschen.“ Wenn der Staat einen Krippenplatz mit rund 1.000 Euro im Monat subventioniere, sei es „nur recht und billig“, dass Eltern, die ihr Kind lieber zu Hause erziehen, eine Barleistung erhalten. Auch die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Dorothee Bär, betonte die Wahlfreiheit.

Ministerin Schröder erinnerte daran, dass das Betreuungsgeld bereits 2007 – zu Zeiten der Großen Koalition – beschlossen worden sei. Es sei Teil eines Dreisäulenmodells, zu dem auch der Ausbau der Kita-Plätze und der Rechtsanspruch auf einen solchen für die unter Dreijährigen ab August 2013 gehörten. „Kita-Ausbau und Betreuungsgeld gehören zusammen, nur beides zusammen ergibt Wahlfreiheit“, sagte Schröder. Nach dem Gesetzentwurf sollen Eltern ab 1. Ja-

nuar 2013 für ihr einjähriges Kind 100 Euro Betreuungsgeld im Monat erhalten, wenn sie keinen staatlich geförderten Betreuungsplatz in Anspruch nehmen. Ab 2014 sollen es dann 150 Euro für die Ein- und Zweijährigen sein. Den Eltern, die die Leistung bekommen, ist es freigestellt, mit dem Geld eine private Betreuung zu organisieren – sei es mit Hilfe von Großeltern, Au-Pair-Mädchen oder privaten Tagesmüttern. Der Verzicht auf Berufstätigkeit ist nicht erforderlich.

Appell zur ideologischen Abrüstung

Schröder beklagte die aufgeheizte Debatte über das Betreuungsgeld und rief die Opposition auf, ideologisch abzurüsten. Das Betreuungsgeld sei weder eine „Bildungsfernhalteprämie“ noch eine „Herdprämie“ noch eine „Verdummungsprämie“, wie die Opposition unterstelle. Mit solchen Etiketten beleidige sie Hunderttausende Eltern, die ihre Kinder ohne staatliche Unterstützung betreuten, darunter auch Familien mit Migrationshintergrund, sagte die Ministerin.

Auch Bär sprach von einem „Kulturkampf“, den die Opposition herauf-

beschwöre. Auf diese Weise gerieten junge Eltern unter Rechtfertigungsdruck, wenn sie sich entschlossen, ihr Kind nicht in eine Krippe zu geben. Die familienpolitische Sprecherin rief dazu auf, mehr Vertrauen in die Familien zu haben, dass sie ihre Kinder gut erziehen. Ideologische Scheuklappen helfen Bär zufolge nicht weiter: „Es gibt nicht die Einheitsfamilie in Deutschland, warum sollte es also ein Einheitsmodell für die Betreuung geben?“

Für Kleinkinder zählt Bindung statt Bildung

Auch der Obmann der CDU/CSU im Bundestagsfamilienausschuss, Markus Grübel, betonte, Familien müssten sich nicht einem vorgegebenen staatlichen Leitbild anpassen, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Er verwies auf eine Umfrage, wonach die Mehrheit der 18- bis 29-Jährigen in Deutschland für die Einführung des Betreuungsgeldes seien.

Außerdem gehe es bei Kleinkindern im Alter von ein und zwei Jahren nicht vorrangig um Bildung, sondern um Bindung. Deshalb könne man auch nicht davon sprechen, dass Kindern Bildungschancen vorenthalten würden, wenn man sie nicht in eine Krippe gebe. „Die Bindung in den ersten Lebensjahren hat mit Herzensbildung zu tun“, unterstrich auch Dorothee Bär.

Der Gesetzentwurf zum Betreuungsgeld hätte eigentlich bereits in der vergangenen Sitzungswoche in den Bundestag eingebracht werden sollen. Ziel der Koalitionsfraktionen war es, das lange geplante Betreuungsgeld noch vor der Sommerpause im Bundestag zu verabschieden. Doch mit einem Geschäftsordnungstrick durchkreuzte die Opposition das Vorhaben und sorgte dafür, dass das Plenum für beschlussunfähig erklärt wurde. Die abschließende Lesung folgt nun nach der Sommerpause.

Mehr Leistungen für Pflegebedürftige

Bundestag beschließt Reform der Pflege – Zuschuss für private Vorsorge

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen bekommen künftig mehr Leistungen aus der Pflegeversicherung. Um dies zu finanzieren, steigt der Beitragssatz zur Pflegeversicherung geringfügig. Darüber hinaus unterstützt der Staat die Bürger künftig zusätzlich bei der privaten Vorsorge. Dies sind wesentliche Bestandteile des Pflege-Neuordnungsgesetzes, das der Bundestag am Freitag verabschiedet hat.

Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn, bezeichnete die Pflege als die gesellschaftspolitische Herausforderung unseres Landes: „Nicht jeder hat Kinder, aber jeder hat Eltern.“ Jeder müsse sich in der eigenen Familie deshalb mit diesem emotionalen Thema beschäftigen. Die Debatte sei weder in der Familie einfach, noch in der Gesellschaft. Spahn zollte pflegenden Familienangehörigen und professionellen Pflegekräften Respekt. „Wir werden pflegende Angehörige besser unterstützen, damit sie die Gelegenheit haben, eine Auszeit zu nehmen“, sagte er. Denn „Pflege zu Hause“ sei psychisch und physisch eine große Belastung.

„Nicht jeder hat Kinder, aber jeder hat Eltern.“

Die Reform sieht vor, dass der Beitragssatz im kommenden Jahr um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent steigt. „Wir setzen hier zusätzliches Geld ein, vor allem für Menschen mit Demenz“, betonte Spahn. Die Koalition respektiere den Wunsch der Menschen, im Falle eines Falles – solange es eben geht – zu Hause gepflegt zu werden. „Viele möchten ungern in eine stationäre Einrichtung, wenn es sich vermeiden lässt“, sagte Spahn.

Die Gesetzesnovelle fördere deshalb neue Wohnformen und die ambulante Pflege in Wohngemeinschaften.

Staatlicher Zuschuss von 60 Euro

Der staatliche Zuschuss für private Vorsorgeverträge, bei denen ein Versicherter einen Mindestbeitrag von

Tarifgerechte Bezahlung

Der CDU-Abgeordnete Willi Zylajew wies auf das neue Ziel des Gesetzgebers hin, Pflegekräfte tarifgerecht zu bezahlen. Bisher sei Lohndumping tagtägliche Praxis. Mit der Gesetzesnovelle werde der Anspruch auf eine tarifgerechte Bezahlung gesichert.



© Gina Sanders - Fotolia.com

120 Euro im Jahr leisten muss, beträgt fünf Euro im Monat oder 60 Euro im Jahr. Die private Vorsorge dient dem Ziel, im Falle der Pflegebedürftigkeit die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung durch ein Pflegegeld zu ergänzen. Damit wird der Spielraum für Leistungen größer.

Spahn erläuterte, schon heute trügen die Menschen den Großteil des Pflegerisikos selbst. Die Pflegeversicherung zahle im Höchstfall 1.800 Euro für einen Heimplatz, der bis zu 3.500 Euro kosten könne. Die Differenz müssten sie selbst tragen. Durch eine private Zusatzversicherung verringere sich die Last künftig. Jeder habe Zugang zu dieser privaten Versicherung – unabhängig von Alter, Vorerkrankungen, Geschlecht und Einkommen, betonte der Gesundheitspolitiker.

Der Anspruch werde zur Grundlage für Verhandlungen mit den Pflegekassen gemacht. „Lohndumping darf es für uns in der Pflegeversicherung nicht geben“, hob Zylajew hervor.

Ab dem 1. Januar 2013 können Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz, aber ohne Pflegestufe (Pflegestufe 0) monatlich ein Pflegegeld von 120 Euro oder Pflegesachleistungen bis zu 225 Euro erhalten. Unter bestimmten Umständen gibt es für Wohnformen zwischen der ambulanten und stationären Betreuung je Bewohner 200 Euro zusätzlich. Darüber hinaus ist ein zeitlich befristetes Initiativprogramm zur Gründung ambulanter Wohngruppen vorgesehen. Diese werden mit 2.500 Euro pro Person (maximal 10.000 Euro je Wohngruppe) für notwendige Umbaumaßnahmen in der gemeinsamen Wohnung gefördert.

Mehr Eigenverantwortung für die Wissenschaft

Wissenschaftsfreiheitsgesetz bringt mehr Flexibilität und weniger Bürokratie – Erste Lesung im Bundestag

Wissenschaftliche Einrichtungen sollen künftig mehr Eigenverantwortung erhalten. Diesem Ziel dient das Wissenschaftsfreiheitsgesetz, mit dem sich der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung befasste. Das Gesetz soll außerdem mehr Flexibilität ins Gesamtsystem der Wissenschaft bringen und die einzelnen Einrichtungen von Bürokratie entlasten.

Mehr Eigenverantwortung erhalten die großen außeruniversitären Forschungsorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), die Leibniz-Gemeinschaft (WGL), die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) oder die Deutsche Forschungsgemein-

schaft (DFG) beim Personal, bei der Budgetverwaltung, bei der Baudurchführung und bei innovativen Ausgründungen aus der Wissenschaft.

Verlässliche Grundlage für die Forschung

Die Reform trägt der Tatsache Rechnung, dass Rahmenbedingungen, die für ein Finanz- oder Bürgeramt passen, nicht genauso einem modernen Forschungszentrum gerecht werden, das einen milliardenteuren Teilchenbeschleuniger benötigt oder einen Nobelpreisträger aus dem Ausland für sich gewinnen will.

Mit dem Gesetz wird – nach der erfolgreichen Erprobung eines Teils der Maßnahmen seit 2008 – nun die dauerhafte Grundlage für den effizienten Einsatz der wachsenden Mittel für die Forschung geschaffen. Nur so können bestmögliche wissenschaftliche Ergebnisse erzielt und für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar gemacht werden. Gemeinsam mit dem Pakt für Forschung und Innovation, über den Bund und Länder den Forschungsorganisationen bis 2015 jährliche Budgetzuwächse von fünf Prozent garantieren, sind die Bedingungen für außeruniversitäres Forschen in Deutschland besser denn je.

UNIFIL: Für Stabilität im Libanon

Bundestag verlängert Mandat – Mission trägt auch zur Sicherheit Israels bei

Die Bundeswehr beteiligt sich ein weiteres Jahr an der UN-Mission zur Kontrolle des Seegebietes vor der Küste des Libanon. Mit den Stimmen der Koalition sowie von SPD und den Grünen beschloss der Bundestag am Donnerstag die Verlängerung des UNIFIL-Mandates bis Juni 2013. Die Linke verweigerte sich wie üblich. Deutschland beteiligt sich mit maximal 300 Soldaten am multinationalen Flottenverband. Derzeit befinden sich 226 Soldaten dort im Einsatz.

Stabilitätsfaktor im Nahen Osten

Im Nahen Osten ist UNIFIL ein Stabilitätsfaktor in einer Region im Umbruch. Damit trägt die Mission auch zur Sicherheit Israels bei, für die Deutschland eine besondere Verantwortung trägt. Die „United Nations Interim Force in Lebanon“ ist seit

1978 im südlichen Libanon stationiert, um dort Frieden und Sicherheit zu garantieren. Seit 2006 liegt der



Foto: David Hecker/dapd

Schwerpunkt darauf zu verhindern, dass Schmuggler weiter von See Waffen in den Libanon bringen. Die etwa 600 Soldaten des Flottenverbandes unterstützen die Regierung in Beirut auch beim Aufbau von Fähigkeiten, damit sie die Küste und die territorialen Gewässer des Landes selbst überwachen können.

Seit 2006 haben sich 15 Länder an der Aufgabe beteiligt. Deutschland hat dabei eine Vorreiterrolle übernommen. Seit 2011 gibt die Sicherheitslage im Libanon zunehmend Anlass zur Beunruhigung. Innenpolitische Spannungen haben ebenso wie der Konflikt im benachbarten Syrien das Potenzial, zu einer Destabilisierung des Landes beizutragen, die sich auf die gesamte Region auswirken könnte. UNIFIL wird daher weiter als Garant für Stabilität und die Sicherheit Israels gebraucht.

Kleine Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

UN-Gipfel in Rio bekennt sich zum Leitbild der „Grünen Wirtschaft“

20 Jahre nach dem ersten Erdgipfel in Rio de Janeiro fand in der vergangenen Woche am selben Ort der Jubiläumsgipfel statt. Das Fazit dieser Mammutkonferenz der Vereinten Nationen fällt durchwachsen aus. Die Enttäuschung vieler Teilnehmer, auch die zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, ist verständlich. Die Erwartung, dass konkrete Vereinbarungen zur „Grünen Wirtschaft“ (Green Economy), zur Umwandlung des UN-Umweltprogramms (UNEP) in eine schlagkräftige Sonderorganisation, zum Meeresschutz oder zur Formulierung bindender Nachhaltigkeitsziele getroffen würden, erfüllte sich nicht. Dennoch sind kleine Fortschritte im Nachhaltigkeitsprozess erreicht worden, auf die es aufzubauen gilt. Insgesamt kann man folgende Punkte der 53-seitigen Abschlusserklärung hervorheben:

Alle Gipfelteilnehmer haben sich zum neuen Leitbild der „Grünen Wirtschaft“ bekannt. Darunter versteht man ein umweltfreundliches ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wirtschaften, das zugleich stetiges Wachstum, eine wirksame Armutsbekämpfung und eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung weltweit ermöglicht.

Stärkung der UNEP beschlossen

Eine der Kernforderungen der EU war es, das bisherige UN-Umweltprogramm UNEP mit Sitz in Kenia in eine Sonderorganisation umzuwandeln. Somit hätte es die Befugnis erhalten, den Prozess zu mehr Nachhaltigkeit global zu steuern und zu überwachen. Dies konnte in Rio allerdings noch nicht durchgesetzt werden. Die deutsche Delegation unter Leitung von Bundesumweltminister Peter Altmaier, zu der auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Christian Ruck gehörte, hatte sich bereits im Vorfeld für diesen Schritt stark gemacht. Auch diesem Einsatz ist es zu verdanken, dass wenigstens eine Stärkung von UNEP beschlos-



Bundesumweltminister Peter Altmaier beim Jubiläumsgipfel in Rio

Foto: Felix Kaestle/dapd

sen wurde. So soll es eine stabilere Finanzausstattung erhalten und systematisch an der Koordinierung relevanter Aktivitäten im UN-System beteiligt werden.

Positiv zu würdigen ist auch der Beschluss, für alle Länder bis 2014 sogenannte Nachhaltigkeitsziele zu formulieren. Diese Ziele würden bei den Entwicklungsländern die Millenniumsziele ergänzen, zu denen unter anderem die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie die Gleichstellung der Geschlechter gehören. Für Industrie- und Entwicklungsländer sollen die Nachhaltigkeitsziele definieren, wie wirtschaftliche und soziale Ziele umweltverträglich und ressourcenschonend erreicht werden können.

Insgesamt weisen die Ergebnisse des multilateralen Verhandlungsprozesses in die richtige Richtung, auch wenn sie in der Substanz und im Zeitplan ambitionierter hätten ausfallen können. Die konstruktive Verhandlungslinie der Europäischen Union hatte jedoch keine Chance gegen die Widerstände vor allem seitens der USA und seitens der Schwellenländer. Deren Regierungen sehen weniger die Chancen der „Grünen Wirtschaft“ als die Gefahr von Wachstumseinbußen.

Deutschland mit Energiewende in der Vorreiterrolle

Es stimmt aber durchaus optimistisch, dass der Umbau der Ökonomie hin zu einer „Grünen Wirtschaft“ in vielen Ländern längst voranschreitet – teils mit, teils ohne die Regierungen und unabhängig von multilateralen Vereinbarungen. Dies zeigte eine Vielzahl informeller Treffen und Präsentationen am Rande der Konferenz. Zu den ermutigenden Veränderungen zählt auch die enge Kooperation der Oberbürgermeister sogenannter Mega-Städte, die in ihrer Alltagsarbeit permanent mit den Auswirkungen des bisherigen nichtnachhaltigen Wirtschaftens konfrontiert sind.

Deutlich wurde in Rio de Janeiro auch, dass die Welt die Energiewende in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Deutschland ist hier in einer Vorreiterrolle und kann anhand der Umstellung der Energieversorgung zeigen, wie der Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft ohne Abstriche an wirtschaftlichen Zielen gelingen kann.

Gesundheitspolitik: Vorsorge gewinnt an Bedeutung

Fraktionskongress zur Prävention in Deutschland – Zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Aufgabe

Das deutsche Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Gleichzeitig nehmen chronische Krankheiten und sogenannte Volkskrankheiten stetig zu. Ein Teil dieser Krankheiten ist vermeidbar. Aus diesen Gründen ist Prävention ein zentraler Baustein für ein gesundes Leben in einer modernen Gesellschaft. Sie ist ein wichtiger Beitrag für ein funktionierendes Gesundheitssystem in unserem Land.

Auf dem Kongress „Prävention in Deutschland – Zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Aufgabe“ diskutierten die Gesundheitspolitiker der Fraktion gemeinsam mit Experten am vergangenen Montag, wie Prävention und betriebliche Gesundheitsförderung in Deutschland besser gestaltet und organisiert werden können. Anlass waren die Beratungen der Fraktion zur nationalen Präventionsstrategie und das fachübergreifend erarbeitete Papier „Glückliches Deutschland: Gesundheitsbewusstsein und Vorbeugung“.

Rund 280 Gäste waren der Einladung gefolgt. Nach einleitenden Vorträgen unter anderem des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Müller und des Gesundheitsforschers Friedrich Wilhelm Schwartz setzte der Kongress mit zwei Foren Schwerpunkte auf die „Prävention in unseren Lebenswelten“ und die „Gesundheitsförderung in Unternehmen“. An ihnen nahmen der Gesundheitsminister des Landes Berlin, Mario Czaja, der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, der Vorstand des GKV-Spitzenverbandes, Gernot Kiefer, die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Elisabeth Pott, und die Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, Marina Schröder, teil.

Prävention als selbstständige Säule im Gesundheitswesen

Prävention liegt nach Auffassung der Unionsfraktion in der Eigenverantwortung des Einzelnen und ist gesellschaftliche Aufgabe zugleich. Die Fraktion spricht sich für einen Wandel im Gesundheitswesen aus – weg von einer reinen Krankheitsversorgung, hin zu einer Gesundheitsvorsorge. „Prävention muss eine selbstständige Säule im Gesundheitswesen sein“, forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Singhammer auf dem Kongress. Nach Meinung des gesundheitspolitischen Sprechers der Fraktion, Jens Spahn, sollte der Bundestag Präventionsziele definieren und ihre Umsetzung koordinieren. Im Übrigen könne Prävention nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Qualität der Präventionsmaßnahmen garantiert werde, sagte Spahn. Maßnahmen, die nur dem Marketing dienen, seien wertlos.

„Gesunde Mitarbeiter bedeuten gesunde Unternehmen“

Angesichts der steigenden Lebenserwartung, des heraufgesetzten Renteneintrittsalters und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels bestand Einigkeit unter den Podiumsteilnehmern, dass der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Menschen im Mittelpunkt der betrieblichen Gesundheitsförderung stehen müsse. Die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth betonte: Gesunde Mitarbeiter bedeuteten gesunde Un-



Johannes Singhammer auf dem Kongress

Foto: Steven Rösler

ternehmen. Voraussetzung für die betriebliche Gesundheitsförderung sei, dass kleineren und mittelständischen Unternehmen attraktive Instrumente zur Verfügung stünden, die keinen bürokratischen Aufwand bedeuteten. Dabei gelte ein besonderes Augenmerk der psychischen Gesundheit und den Ursachen für Burnout, sagte Süssmuth.

Mit dem Diskussionspapier und dem Kongress gibt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Impuls für eine gesellschaftliche Debatte über Prävention. Vorsorge soll nicht nur in der Gesundheitspolitik verankert werden, auch das Bewusstsein der Menschen für den Umgang mit ihrer Gesundheit soll geschärft werden. Angebote zur Prävention sollen allen zugänglich gemacht werden. In der zweiten Jahreshälfte wird die im Koalitionsvertrag verankerte nationale Präventionsstrategie konkretisiert.

Immer mehr private Bildungseinrichtungen

Wiesbaden – Die Anzahl der Bildungseinrichtungen in Deutschland ist von rund 99.600 im Jahr 1998 auf rund 95.400 im Jahr 2010 zurückgegangen. Dies ist unter anderem eine Folge sinkender Schülerzahlen. Wie der vom Bundesbildungsministerium und der Kultusministerkonferenz in Auftrag gegebene Bericht „Bildung in Deutschland 2012“ darstellt, ist dabei die Zahl der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft von 67.600 auf 55.400 gesunken (minus 18 Prozent). Dagegen hat sich die Anzahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft um ein Viertel von 32.000 auf 40 000 erhöht.

Dieser Trend zu privaten Bildungseinrichtungen ist in allen Bildungsbereichen zu beobachten, insbesondere bei Hochschulen und allgemeinbildenden Schulen. Das zeigt sich auch bei den Teilnehmerzahlen in privaten Einrichtungen, die sich seit 1998 um 26 Prozent erhöht haben. Allerdings besuchen insgesamt nur sechs Prozent der Studierenden und acht Prozent der Schülerinnen und Schüler private Hochschulen beziehungsweise allgemeinbildende Schulen.

Bildungsstand steigt

Wie die Ergebnisse des Bildungsberichts außerdem zeigen, steigt der Bildungsstand der Bevölkerung weiter. 2010 hatten 22 Prozent der 30- bis unter 35-Jährigen einen Hochschulabschluss. In der Alterskohorte der 60- bis unter 65-Jährigen betrug dieser Anteil lediglich 15 Prozent. Dies ist vor allem auf das veränderte Bildungsverhalten der Frauen zurückzuführen.



Zeichnung: Stuttmann

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

5./6. September 2012
9. September 2012

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes
Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

„Starke Kommunen, starkes Land“

Neuer Flyer der Fraktion

Die Union will den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Heimat selbst zu gestalten. Eigenständigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise – das ist das politische Leitbild von CDU und CSU. Voraussetzung dafür sind solide Finanzen. Deshalb unternimmt die christlich-liberale Koalition große

Anstrengungen, um die Finanzkraft der Städte, Gemeinden und Landkreise zu stärken. Der Flyer „Starke Kommunen, starkes Land“ zeigt in zwölf Fragen und Antworten auf, wie der Bund die Kommunen finanziell entlastet. Der Flyer kann unter www.cducusu.de heruntergeladen werden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)